



DER AfD-BOTE

Informationen – Veranstaltungen – Termine – Meinungen – Presse

AUSGABE 4_MAI_JUNI 2020

aus dem Wahlkreis Calw-Freudenstadt

Liebe Mitglieder und Freunde der AfD, liebe AfD-Bote-Leser

Wir müssen Ihnen mit großer Trauer mitteilen, dass unser Landtagsabgeordneter



Herr Klaus Dürr MdB

am Sonntag, den 21.06.2020 völlig überraschend im Alter von nur 61 Jahren verstorben ist.

Die schockierende Nachricht hat uns alle bestürzt und ratlos zurückgelassen und mahnt uns, die Endlichkeit unseres Seins stets zu verinnerlichen.

Klaus Dürr war im Januar 2017 im Landtag von Baden-Württemberg für den Wahlkreis 43 für Herrn Dr. Heinrich Kuhn nachgerückt.

Seine Tätigkeitsschwerpunkte waren Digitalisierung und Sozialpolitik. Klaus Dürr war für den Sozialverband VdK ehrenamtlich mit hohem Engagement tätig.

Als ein AfD-Mitglied der ersten Stunde hat Klaus Dürr maßgeblich beim Aufbau der Parteistrukturen des Doppelwahlkreises Calw-Freudenstadt mitgewirkt.

Der gesamte Kreisverband spricht seiner Ehefrau und den beiden Töchtern sein tiefempfundenes Beileid aus. Mögen sie mit Gottes Hilfe die Kraft finden, den unersetzlichen Verlust von Klaus in dieser schweren Zeit zu überwinden.

Wir werden Klaus Dürr ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Vorstand

Günther Schöttle

Sprecher Kreisverband Calw-Freudenstadt



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *

Tel.: 07452/ 93 16 34 0 und Tel.: 07452/83 89 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)

Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *

Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afd-cw-fds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VdSdG): Günther Schöttle, Sprecher des Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Deckblatt	1
Inhaltsverzeichnis.....	2
Kommentar von Ortlinde Eienkel.....	3
Veranstaltungen.....	4
Kommentar von Dr. Alice Weidel zu den Vorkommnissen in Stuttgart am 23.06.2020.....	5/6
Abschied von Rodolfo Panetta.....	7/8
Antrag an die Stadt Nagold ACAB-Schriftzüge zu entfernen.....	9/10
ACAB-Schmierereien auch in Horb.....	11
Pressemitteilung vom 05.Mai 2020 „Zustände an der Erzgrube untragbar“.....	12/13
AfD-Initiative über den Erhalt von Geldautomaten.....	14
Landkreis Freudenstadt lehnt ebenfalls den Antrag „Sicherer Hafen ab“.....	15-17
Ein Gutachten zum Schulden machen.....	18
Leserbriefe.....	19-22
Zu guter Letzt	23



DER AfD-BOTE

Informationen – Veranstaltungen – Termine – Meinungen – Presse

AUSGABE_4 MAI_JUNI 2020

aus dem Wahlkreis Calw-Freudenstadt

Kommentar:

Plünderungen, Brandschatzung und Morde.....



An jenem Tage wurde die Polizei gerufen, weil der „gute Mann“ mit Falschgeld bezahlen wollte; G. Floyd soll unter Drogen gestanden haben.

Tatsache ist, dass er in ein Krankenhaus gebracht wurde und dort verstorben ist.

Kein Polizist darf einen Kriminellen bei der Festnahme töten - darüber muss der Rechtsstaat sein Urteil sprechen.

Wurde hier aus politischen Gründen mit Kalkül ein Popanz aufgebaut?

Einen Verbrecher global zum Märtyrer zu erheben entbehrt jeglicher Vernunft. Die landesweiten Gewaltexplosionen bei denen marodierende linke und schwarze Banden Plünderungen, Brandschatzung und Morde begehen rechtfertigen allerdings jede Maßnahme zur Verteidigung der Öffentlichen Ordnung. Auch der Vorwurf der Diskriminierung hält der Überprüfung nicht stand.

In den USA verzeichnen schwarze Wohnviertel die höchsten Mordraten. Fakt ist: die Linken in Deutschland brauchen nun einen neuen antiweißen Schuld kult, dafür müssen jetzt benachteiligte Ausländer erfunden werden.

Und, weil wir im Herbst Merkels EU-Afrikadeal bekommen: „Wir bezahlen Milliarden und bekommen dafür Menschen geschenkt“; sind es wohl benachteiligte Schwarze.

Ortlinde Einenkel



Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452/ 93 16 34 0 und Tel.: 07452/83 89 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afd-cw-fds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt



Bekanntmachung

Kontaktadresse der Kreisgeschäftsstelle:

Am Lenzenrain 4
72202 Nagold

Sprechzeiten unserer Kreisgeschäftsstelle:

Dienstag und Donnerstag von
15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
und nach Vereinbarung
Tel. 07452 / 9 31 63 40
Fax: 07452 / 8 19 47 62

außerhalb der Sprechzeiten:
Tel. 07452/8 38 94 69

am 29.03.2020
in Altensteir
Grüner P abgesagt

Veranstalt
Thema:

abgesagt

M Hess (MdB)
am ,woch, den 15.04.2020

in Freudenstadt im Kurhaus

Wir planen unsere
Veranstaltungen ab Juli 2020

mit

Martin Hess
Jürgen Braun
Lothar Maier
Dirk Spaniel

Bericht aus dem Bundestag Ein Kommentar von Dr. Alice Weidel

Schläger und Plünderer sind keine „Partyleute“

Die demonstrativ zur Schau gestellte „Ratlosigkeit“ etablierter Politiker angesichts der bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen und Jagdszenen auf Polizeibeamte in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart ist so dreist und atemberaubend wie die Heuchelei, die dahinter zutage tritt.

Da behauptet ein grüner Oberbürgermeister, es sei „nicht möglich“, daß man „die Polizei angreift und plündert“ – obwohl genau das gerade in seiner Stadt geschehen ist. Da wird mit gelangweilter Routine die „ganze Härte des Rechtsstaates“ beschworen, den man sich bei anderer Gelegenheit sonst gerne nach politischer Opportunität zurechtlegt. Linke und grüne Politiker ringen sich gar scheinheilige Genesungswünsche an die verletzten Polizeibeamte ab, obwohl gerade aus dieser Ecke die Polizei immer wieder durch haltlose Unterstellungen und Generalverdächtigungen de facto zum Freiwild gemacht wird.

Phrasen wie „Fassungslosigkeit“ und „Empörung“ will niemand aus Politikermund hören; fassungslos und empört sind die Bürger auch so. Aufgabe der Politik ist es, die Ursachen von Fehlentwicklungen zu benennen und zu beseitigen. Die Stuttgarter Ausschreitungen mögen „nie dagewesen“ sein; vom Himmel gefallen sind sie nicht.

„Rassismus“-Generalverdacht gegen die „Mitte der Gesellschaft“

Mit maßlosen und pauschalen „Rassismus“-Vorwürfen haben führende Vertreter von Grünen, Linken und SPD sowie ihre medialen Unterstützer und Scharfmacher gerade in den letzten Wochen das Ansehen der Polizei systematisch demontiert. „Bürgerliche“ Politiker von Union und FDP haben sie nur halbherzig verteidigt und sind beim ersten Gegenwind feige zurückgewichen und verstummt. Selbst wenn Beamte, wie im Fall des

Messerangreifers von Bremen, korrekt in Notwehr zur Waffe griffen, wurden sie mit haltlosen Verdächtigungen überzogen, als zählten ihre Leben nicht.

Durch den Import der geistesverwandten „Black Lives Matter“-Propaganda hat die kulturmarxistische Linke dieses perfide Spiel auf die Spitze getrieben. Die Wurzeln liegen aber tiefer. Der „Rassismus“-Generalverdacht gegen die „Mitte der Gesellschaft“ im allgemeinen und die Polizei im besonderen ist der rote Faden des Kampfes „gegen Rechts“, der in Wahrheit ein Kampf um die politische Hegemonie ist.

Wie weit dieser bereits gediehen ist, hat sich einmal mehr in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag gezeigt: Alle übrigen Fraktionen lehnten den Antrag der AfD ab, die sogenannte „Antifa“ als terroristische Organisation zu verbieten, und lieferten mehr oder weniger gewundene Ergebenheitsadressen an den „Antifaschismus“ ab. Linksextreme Gewalttäter, die sich unter diesem Etikett organisieren, konnten das als weitere Ermunterung verstehen, deren Auswirkungen an diesem Wochenende auch auf den Stuttgarter Straßen zu besichtigen waren.

Teufelskreis aus Diffamierung und Realitäts- verweigerung

„Antirassismus“ und „Antifaschismus“ sind keine neutralen Begriffe, sondern Ideologien, die jede Kritik an Multikulturalismus potenziell unbegrenzter und unkontrollierter Einwanderung moralisch disqualifizieren sollen. Als Ergebnis dieser politisch gewollten Migration gibt es in vielen deutschen Großstädten inzwischen eine kritische Masse aus „jungen Männern“ vornehmlich aus dem islamisch-orientalischen Kulturkreis, die den deutschen Staat und die Mehrheitsgesellschaft nicht respektieren und gar offen verachten.

Bericht aus dem Bundestag Ein Kommentar von Dr. Alice Weidel

Dieses explosive Konglomerat hat sich jetzt in Stuttgart entladen. – so wie zuvor in Göttingen, in Berlin und anderen Brennpunkten.

Der krampfhafte Versuch, diese Potenzial nicht beim Namen zu nennen oder als "Party- und Eventszene" zu beschönigen, ist nichts anderes als die verzweifelte Flucht aus der Verantwortung für die Folgen politischer Fehlentscheidungen.

Die Zeche dafür zahlen die Bürger: Durch die erlittenen Schäden, aber vor allem durch den Verlust des hohen Gutes der öffentlichen Sicherheit. Murren sie zu laut, während sie die Scherben beiseite räumen, ist schnell Schluß mit „wir stehen an ihrer Seite“, dann geraten sie wieder, wie die Polizeibeamten deren Kollegen krankenhausreif geschlagen wurden, unter Pauschalverdacht.

Um diesen Teufelskreis aus Diffamierung und Realitätsverweigerung zu durchbrechen, müssen wir zuerst die Dinge beim Namen nennen. Schläger und Plünderer sind keine „Partyleute“. und wenn ein erheblicher Teil von ihnen junge Männer mit „Migrationshintergrund“ sind, dann ist das kein „bunter Mix rund um den Globus“, sondern ein handfestes Problem.

Das auszusprechen ist weder anstößig noch eine „Instrumentalisierung“. Es ist ein notwendiger Akt der Ehrlichkeit und ein erster Schritt, um die rechtsstaatliche Ordnung wieder in vollem Umfang zur Geltung zu bringen.

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt

Horb a. N. Streitbar, aber kollegial geschätzt

Von Jürgen Lück 27.05.2020 - 15:36 Uhr



OB Peter Rosenberger (links) überreicht Rodolfo Panetta, der aus dem Gemeinderat der Stadt Horb ausscheidet, die Ehrenmedaille der Stadt in Gold und das Ehrenstadtsiegel. Rechts: Martin Raible, der auf den Sitz im Gemeinderat nachrückt. Foto: Lück Foto: Schwarzwälder Bote

Er ist eine Legende für viele, die Rechts wählen: Rodolfo Panetta. Erst war er jahrelang für die Republikaner aktiv – sogar im Landesvorstand. Jetzt ist er Beisitzer im Kreisvorstand des AfD-Kreisverbands Calw/Freudenstadt.

Horb. Nach über 25 Jahren im Gemeinderat hat Panetta den Schlussstrich gezogen (wir berichteten). Er war gemeinsam mit Hermann Walz für die ULH im Gemeinderat. Für ihn rückt nun Martin Raible nach.

Zum Abschied gab es in der Gemeinderatssitzung die Ehrenmedaille der Stadt in Gold und das Ehrenstadtsiegel. OB Peter Rosenberger: "Sie waren ein Stadtrat, der mit uns als Verwaltung immer sehr fair umgegangen ist. Trotz der Oppositionsrolle. Wir haben uns immer auf Augenhöhe begegnen können, es gibt eine Wertschätzung auf menschlicher Ebene."

Der OB reißt kurz den Lebenslauf von Panetta an. Geboren in Mailand. Er startete als ausgebildeter Grund- und Hauptschullehrer, arbeitete zuletzt als Kraftfahrer. Dann lobt Rosenberger das Engagement von Panetta in der Klimapartnerschaft mit Belo (Kamerun). Der OB erinnert: "Dort haben Sie die Lage vor Ort angeschaut und ein besonderes Gespür gezeigt."

Panetta sagt: "Belo – das war die einzige Reise in meinem Leben ins Afrika südlich der Sahara. Das war das größte und prägendste Erlebnis meiner Kommunalpolitik." Weiter betont Panetta, dass der politische Diskurs wichtig sei: "Entgegen der landläufigen Meinung bedarf es im Gemeinderat auch einer Opposition, weil die Interessen der Steuerzahler nicht immer mit den Interessen der Verwaltung deckungsgleich sind."



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (ViSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt

Seit 2007 hatte sich Panetta der ULH angeschlossen. Vorsitzender Hermann Walz sagte: "Lieber Rudi. Du hättest es dir damals nicht vorstellen können, was es heißt, quasi als Einzelkämpfer für deine Wertvorstellungen an die Demokratie von allen Seiten sehr oft angefeindet zu werden. Aber sprichwörtlich wie ein Fels in der Brandung hast du die deutschen Interessen vertreten, die Europa-, Bundes- und Landespolitik angeprangert. Wie oft wurdest du von den anderen Demokraten belächelt, konnte man es sich ja nicht vorstellen, dass es jemanden gibt, der die Obrigkeit sachargumentativ manche Blöße gab."

Dann ging Walz noch auf Belo ein – eine Herzensangelegenheit von Panetta: "Hoffen wir mit Rudi, dass sich die politischen Wirren in Kamerun bessern und es Rudi möglich sein kann, das fertiggestellte Projekt in Natura zu erleben."

Zuletzt wurde im Gemeinderat im Oktober berichtet, dass in Belo immer noch bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Stadtwerke-Chef Eckardt Huber damals: "Das Rathaus ist nicht zu erreichen. Die Verwaltung arbeitet dort nicht." Es sei völlig unklar, was mit den aus Horb angestoßenen Projekten geworden sei.



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (ViSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt

Antrag an die Stadt Nagold ACAB-Schriftzüge in Nagold zu entfernen

ANTRAG

Nr. 2

Antrag zur Entfernung verfassungsfeindlicher und volksverhetzender Symbole in der Stadt Nagold

Der Gemeinderat der Stadt Nagold möge beschließen:

Der Gemeinderat fordert die Stadtverwaltung auf, die überhandnehmende Darstellung verfassungsfeindlicher und volksverhetzender Parolen wirksam zu bekämpfen, indem diese

- a) Schnellstmöglich entfernt werden
- b) Eine Videoüberwachung der Sprayer-Schwerpunkte

vorgenommen wird.

Begründung:

Im Straßenbild der Stadt Nagold taucht immer mehr die Abkürzung „ACAB“ auf.

ACAB lief vor einiger Zeit noch als Abkürzung „All Cops are bastards“, was übersetzt logischerweise heißt : „Alle Polizisten sind Bastarde“.

Bereits diese unzulässige Herabwürdigung eines Berufsstandes, der dafür sorgt, dass unsere Demokratie überlebensfähig bleibt, ist beschämend.

Auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ändert daran nichts.

Nun ist aber über Google mittlerweile ein schwunghafter Handel mit T-Shirts entstanden, in dem ACAB wie folgt übersetzt wird: „All Christians are bastards“, also „Alle Christen sind Bastarde“.

Dies erfüllt nach Auffassung der AfD den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Im Stadtgebiet sind diese ACAB-Schmierereien an zahlreichen Stellen präsent.

Unabhängig davon sind Hakenkreuze am Viadukt aufgetaucht bzw. mir persönlich aufgefallen. Ich habe diese fotografiert und lege diese ebenfalls dem Antrag bei.

Ich bitte darum, dass sowohl die volksverhetzenden als auch die verfassungs-feindlichen Darstellungen umgehend beseitigt werden.

Für die AfD Nagold

Günther Schöttle

Anlage: Bilder



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt

**Antrag an die Stadt Nagold ACAB-Schriftzüge in Nagold zu entfernen
ACAB steht für „All cops are bastards = Alle Polizisten sind Bastarde“**

ACAB-Schriftzüge in Nagold



Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt

Auch in Horb entdeckten wir ACAB-Schmierereien, die es wert sind, einen Antrag auf Entfernung einzureichen



Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt

Pressemitteilung vom 05. Mai 2020

„Zustände an der Erzgrube untragbar“

AfD: Zustände an der Erzgrube untragbar

Als „höchst bedenklich“ und „untragbar“ bezeichnete Günther Schöttle, Sprecher des AfD-Kreisverbandes Calw-Freudenstadt die hygienischen Zustände, wie sie am Wochenende zum 1. Mai an der Erzgrube in der Gemeinde Seewald zu erleben waren. Das idyllisch gelegene Gewässer hatte mehrere Tausend Besucher angelockt. Gaststätten und Hotels waren, wie allgemein bekannt, aufgrund der Rechtslage nicht zugänglich, und die Gemeinde Seewald hatte die öffentlichen Toiletten aus Gründen der Hygiene geschlossen. So berichteten es Anwohner und Tagesgäste, die sich über die Verhältnisse beschwert hatten.

Seit Jahren, so Schöttle, wüssten die Verantwortlichen, dass an solchen Feiertagen das Erholungsgebiet als Besuchermagnet wirke. Dennoch hätten sie es versäumt, hygienische Mindeststandards sicherzustellen.

Während in der Öffentlichkeit Regierungen und Verwaltungen von den Bürgern mit Recht verschärfte Hygienemaßnahmen zur Gesundheitsvorsorge einforderten und die Bürger dazu aufgerufen sind, die Ferien in heimatlichen Gefilden zu verbringen, bewirke die Schließung von öffentlichen WC-Anlagen das genaue Gegenteil.

Die hundertfache Verrichtung der Notdurft in freier Natur und in Steinwurfnähe zum Wasser sei angesichts der herannahenden Badesaison nicht zu verantworten, urteilte der AfD-Sprecher.

Verbote und Restriktionen seien schnell erlassen, als klug, vorausschauend und angemessen könne man diese Maßnahme jedoch nicht bezeichnen.

Schöttle betonte, dass die Entfernung der unappetitlichen Hinterlassenschaften der Wochenendgäste nicht den Waldbesitzern auferlegt werden könne.

Noch immer sei völlig unklar, wann die Corona-Verordnungen aufgehoben werden. Als Konsequenz verlangt Schöttle zum einen die sofortige Herstellung hygienischer Mindeststandards für die Tagesgäste an der Nagoldtalsperre, zum anderen die unverzügliche Einleitung aller Maßnahmen zum Gewässer-, Personen-, Tier- und Seuchenschutz.

V.i.S.d.P.: Rodolfo Panetta

Anlage: Freigegebene Privatbilder

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt Unser Pressebericht, erschienen in der Südwest Presse

Fortsetzung

Südwest Presse Landkreis FDS Mittwoch, 6. Mai 2020

Zustände waren an Erzgrube „untragbar“

Freizeit Als „höchst bedenklich“, „untragbar“ bezeichnete Günther Schöttle, Sprecher des AfD-Kreisverbands Calw-Freudenstadt, die hygienischen Zustände an der Erzgrube auf der Gemarkung der Gemeinde Seewald.

Erzgrube. Er bezog sich dabei auf das Wochenende zum 1. Mai.

Das idyllisch gelegene Gewässer der Nagoldsperrre hatte mehrere Tausend Besucher angezogen. Gaststätten und Hotels waren, wie allgemein bekannt, aufgrund der Rechtslage nicht zugänglich, und die Gemeinde Seewald hatte die öffentlichen Toiletten aus Gründen der Hygiene geschlossen. So berichteten Anwohner und Tagesgäste, die sich über die Verhältnisse beschwert haben.

Seit Jahren, so Schöttle, wüssten die Verantwortlichen, dass an solchen Feiertagen das Erholungsgebiet als Besuchermagnet wirkt. Dennoch hätten sie es versäumt, hygienische Mindeststandards sicherzustellen.

Während in der Öffentlichkeit Regierungen und Verwaltungen von den Bürgern „mit Recht“, so Schöttle, verschärfte Hygienemaßnahmen zur Gesundheitsvorsorge einforderten und die Bürger aufgerufen sind, die Ferien in heimatischen Gefilden zu verbringen, bewirke die Schließung von öf-

fentlichen WC-Anlagen das genaue Gegenteil. Die hundertfache Verrichtung der Notdurft in freier Natur und in Steinwurfnähe zum Wasser sei angesichts der heran nahenden Badesaison nicht zu verantworten, empört sich der AfD-Sprecher.

Verbote und Restriktionen seien schnell erlassen. Als klug, vorausschauend und angemessen könne man aber diese Maßnahme nicht bezeichnen. Schöttle betonte, dass die Entfernung der unappetitlichen Hinterlassenschaften der Wochenendgäste nicht den Waldbesitzern auferlegt werden kann.

Noch immer sei völlig unklar, wann die Corona-Verordnungen aufgehoben werden.

Als Konsequenz verlangt Schöttle von einer die sofortige Herstellung hygienischer Mindeststandards für die Tagesgäste an der Nagoldtalsperre. Zum anderen die unverzügliche Einleitung aller Maßnahmen zum Gewässer-, Personen-, Tier- und Seuchenschutz.



Schönwettertag an der Nagoldtalsperre bei Erzgrube. Privatbild



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt Bericht über die AfD-Initiative bezüglich des Erhalts von Geldautomaten durch die Kreissparkasse

Nummer 121

AUS UNSERER REGION

Schwarzwälder Bote 27.5.2020



Mehr gemeinsame SB-Filialen, wie hier in Peterzell, schlägt die AfD-Fraktion im Kreistag vor.

Foto: Rath

»Nicht klaglos hinnehmen«

Wirtschaft | AfD beantragt Appell an Kreissparkasse wegen Filialschließungen

Die Kreissparkasse Freudenstadt soll ihre Entscheidung, 15 Filialen zu schließen, noch einmal überdenken. Einen dahingehenden Antrag hat die AfD-Fraktion im Kreistag eingebracht.

■ Von Volker Rath

Kreis Freudenstadt. Das Thema speiste Martin Raible aus Nordstetten, AfD-naher UHF-Stadtrat aus Horb, über die Bürgerfragestunde in die Sitzung am Montag in die Debatte ein. Warum der Kreistag den AfD-Antrag, die Filialschließungen »nicht klaglos hinzunehmen«, nicht aufgreife, wollte er wissen. Der Erste Landesbeamte Reinhard Gei-

ser versicherte, dass der Antrag noch offiziell behandelt werde. Er liege vor. Es sei »in der Kürze der Zeit« nicht möglich gewesen, das Thema aufzubereiten.

Laut AfD-Papier datiert der Antrag vom 15. Mai. Darin formuliert sie einen »Appell« an die Bank, »an allen jetzt von der Schließung betroffenen Standorten für die Versorgung der Kunden über Bankautomaten und Kontoauszugsdrucker zu sorgen«. Dies könne zusammen mit anderen Instituten wie den Volks- und Raiffeisenbanken erfolgen, was auch »die beteiligten Partner entlasten würde«. Aus Sicht der AfD betreffe dies die Standorte Wittensweiler, Mittelal, Bildechingen, Nordstetten und Talheim. Die bisherigen SB-

Standorte Altheim und Weitingen, die geschlossen werden sollen, müssten erhalten bleiben. Die Mitglieder des Aufsichtsrats, die aus den Reihen des Kreistags entsandt sind, sollten sich »hierfür einsetzen«. Nicht alle Kunden seien willens oder in der Lage, ihre Bankgeschäfte am Computer oder mit anderen elektronischen Geräten zu regeln. Neben dem wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen müsse es dem Kreistag auch um »eine bestmögliche Infrastruktur und Versorgung der Bürger und der Wirtschaft« gehen, heißt es in dem Antrag weiter.

Debatte kommt noch

Uwe Hellstern, Vorsitzender der AfD-Fraktion, griff Raibles Vorlage in der Sitzung

bereitwillig auf und bemängelte, dass der Antrag »nicht berücksichtigt wird, warum auch immer«. Geiser deutete an, dass das Landratsamt mit der Doppelbelastung von Tagesgeschäft und Corona-Krisenmanagement derzeit am Limit sei, das Thema jedoch nicht unterschlagen werden solle.

Wolf Hoffmann (Grüne) entgegnete, der Kreistag könne der Bank »nur eine Empfehlung geben«. Es gehe für ihn auch darum, wie die Kreissparkasse vor Schäden bewahrt werden könne. Mit Ausnahmen, etwa für Nordstetten, lasse sich das gesamte Konzept kippen. Für ihn laute auch das Ziel, Arbeitsplätze der Kreissparkasse auf Zukunft zu sichern. Das Institut schwimme nicht im Geld.



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)

Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *

Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt Nachdem der Gemeinderat „sicherer Hafen“ ablehnte wurde entsprechender Antrag im Landkreis gestellt

Horb hofft auf den Landkreis SVP 18.5.20

Rettungskette Fast 100 Teilnehmer zählte Initiator Michael Widmann am Samstag zwischen Flößerwasen und Kreissparkassenkreuzung. CDU, FDP und ULH fehlten. *Von Willy Bernhard*

Auf knapp 100 Teilnehmer bezifferte der Horber Initiator Michael Widmann die Zahl derer, die sich am Samstag zwischen 10 und 12 Uhr an der „Rettungskette 2020“ in der Horber Unterstadt zwischen Flößerwasen und Kreissparkassenkreuzung beteiligten. Die Menschen standen mit respektvollem Abstand zum Nachbarn und hielten statt die Hand des anderen ein gelbes oder rotes Tuch am Zipfel. So formte sich eine Menschen-Kette über den Flößerweg entlang der Platanenallee bis zur Kreuzung beim Einkaufszentrum.

Unter den Teilnehmern waren einige Mitglieder des Horber Gemeinderats aus den Fraktionen von SPD, OGL und „BIM“ (Bürger im Mittelpunkt). Nicht vertreten waren Mitglieder der ULH, der FD/FW und der CDU, die im Gemeinderat mehrheitlich gegen den Antrag gestimmt hatte, dass Horb dem Bündnis „Sichere Häfen“ beiträgt.

SPD-Gemeinderätin Viviana Weschenmoser sprach nach einleitenden Worten von Widmann über den Sinn dieser „Rettungsketten“-Aktion und deren Bedeutung gerade für Horb. Sie wies darauf hin, dass sich das nahe Rotenburg dem Bündnis „Sichere Häfen“ angeschlossen hat.

Gemeinderat Wolf Hoffmann (OGL) berichtete von einer Besprechung der Fraktionsvorsitzenden des Freudenstädter Kreistags. Landrat Klaus-Michael Rückert (CDU) habe dort mitgeteilt, dass er „seinen“ Landkreis und damit auch die Stadt Horb zum „Sicheren Hafen“ entwickeln wolle. Etliche Teilnehmer der Menschenkette deuteten das als deutliche Abgrenzung des Landrats gegenüber dem jüngsten Beschluss des Horber Gemeinderates. Deziert habe Landrat Rück-

ert in dem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden erläutert, so Hoffmann, warum er den Antrag der Frauenliste, deren Vertreterin Christina Nuss ebenfalls bei der Aktion am Samstag dabei war, einen „Sicheren Hafen“ für unbegleitete Flüchtlingskinder im Landkreis Freudenstadt zu schaffen, unterstütze. Rückert wolle die eingegangenen Anträge „bedeutungsgleich behandeln“, berichtete Hoffmann.

Im Gespräch mit der SÜDWEST PRESSE sagte er, dass sich der Landrat bei bestimmten Themen immer deutlich positioniert habe, schon aus seiner christlichen Verantwortung heraus. Eine ähnliche Überzeugung vermisst Hoffmann bei Horbs Oberbürgermeister Peter Rosenberger (CDU) und bei FD/FW-Fraktionssprecherin Margarete Rebholz. „Dabei waren die während der Flüchtlingskrise noch überaus engagiert mit dabei“, sagte Hoffmann.

Bei der „Rettungskette 2020“ am Samstag waren zudem Aktivis-

„Ganz genau entsprechend unserem früheren Werbespruch: Bist du Gast in Horb, bist du Hahn im Korb.“

Michael Widmann über die Demonstration der Gastfreundschaft

ten vom „Projekt Zukunft“, der Katholischen Erwachsenenbildung sowie von der Horber Arbeiterwohlfahrt vertreten.

Widmann sprach zum Abschluss der „Rettungskette“ von einer „kleinen und menschlichen Demonstration, mit der wir erreicht haben, was wir wollen“: Den Fokus auf die Flüchtlingssitu-



Die Polizei kontrollierte, ob die Menschen den vorgeschriebenen Mindestabstand einhielten.

ation insgesamt und deren Auswirkungen auf Horb zu legen. Zugleich wollten sie ihr Bedauern zum Ausdruck bringen, dass der Horber Gemeinderat jüngst gegen Horb als „Sicheren Hafen“ gestimmt hatte.

Dabei erinnerte Widmann unserer Zeitung gegenüber daran, dass OB Rosenberger in seinem Jahresrück- und Ausblick auf diese Probleme eingegangen sei und die Verrohung der Sprache und der Umgangsformen in der Gesellschaft geißelt habe. Horb jedenfalls, so Widmann, habe mit dieser Demonstration einmal mehr deutlich gemacht, wie gastfreundlich die Stadt sei. „Ganz genau entsprechend unserem früheren Werbespruch: Bist du Gast in Horb, bist du Hahn im Korb.“

Seebrücke und Hafen

Mit der Rettungskette am Samstag demonstrierten die Menschen dafür, dass Horb dem Bündnis „Seebrücke“ auch „Sichere Häfen“ genannt, beiträgt. „Seebrücke“ ist eine internationale Bewegung, die sich dafür einsetzt, Flüchtlinge aus Auffangslagern Südeuropas in mitteleuropäische Länder zu bringen. Sie kritisiert zudem, die Rettung von Flüchtlingen aus der Mittelmeer zu kriminalisieren. Kommunen, die sich dem Bündnis „Sichere Häfen“ anschließen, erklären sich bereit „aus Seenot gerettete Flüchtlinge zusätzlich zu den nach dem Königsteiner Schlüssel verteilte Geflüchteten aufzunehmen. Ende 2019 hatten sich 41 Kommunen dem Bündnis angeschlossen.“



Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt AfD wirkt! Auch der Freudenstädter Kreistag lehnte den Antrag „Sichere Häfen“ ab.

Südwest Presse Horber Chronik

Mittwoch, 27. Mai 20



Holzboot mit mehr als 300 Geflüchteten an Bord, die von der „Sea Watch“ geborgen wurden. Das Bild entstand im Januar 2018. Bild: Friedhold Ullor

Kein Zeichen gesetzt

Flüchtlinge Der Freudenstädter Kreistag lehnte mit einer Zweidrittel-Mehrheit den Beitritt des Landkreises zum Bündnis „Sichere Häfen“ ab. *Von Dunja Bernhard*

Im den Gemeinderäten des Landkreises war das Thema vorab intensiv beraten worden. Die meisten Gremien hatten sich gegen einen Beitritt zum Bündnis „Sichere Häfen“, auch Seebrücke genannt, entschieden. Diese Positionierung spiegelte sich in der Abstimmung im Kreistag am Montag wieder. Nur elf Mitglieder stimmten für den Beitritt, darunter Christoph Enderle, Bürgermeister von Loßburg. 21 sprachen sich dagegen aus, unter ihnen die Schultes von Freudenstadt, Horb, Empfingen, Glatten, Schopfloch, Waldachtal und Dornstetten.

auf Kosten des Landkreises unterzubringen und zu betreuen. „Die Seebrücke kann nicht verpflichtet, dass die Mitglieder das umsetzen müssen“, betonte Weschenmoser. Zunächst handle es sich um eine Solidaritätsbekundung. Wenn Flüchtlinge aufgenommen werden, dann könnten Kommunen gucken, ob sie die Kontingente verwirklichen. „Wir sprechen viel über Kinder in Not.“ In Europa gebe es jedoch Widerstände, Kinder aus den Lagern aufzunehmen. „Die Lager sind keine Zustände, in denen Kinder aufwachsen sollten.“

keine Rolle spielen dürfe. Die Maßgabe könne nicht sein: „Wir lassen Flüchtlinge ertrinken, dann wählen Leute nicht AfD.“ Der Kreis habe hier eine kleine Möglichkeit, zu helfen.

Heilstern (AfD) verwahrte sich dagegen, dass die AfD Flüchtlingen Böses wünsche. „Die Zustände in Lagern sind auch für AfD inakzeptabel“, sagte er. Er kritisierte, dass Mittelmeerländer EU-Mittel, die sie als Flüchtlingshilfe bekommen, anderweitig verwenden. Mit der zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen fördere Deutschland dieses Vorgehen, behauptete er und forderte: Die Poli-

wir nicht eine grundsätzliche Diskussion führen.“ Die „Seebrücke“ gehe über die Unterstützung zehner Flüchtlinge hinaus. Aufnahme im Kreis sah sie jedoch kritisch: Entsprechende Einrichtungen hätten keine freien Plätze. „Gut gemeint, nicht gut gemacht.“

Ernst Wolf signalisierte Verständnis für das Anliegen. Kreistag sei aber die falsche Adresse. Der Kreis habe in den vergangenen Jahren genügend Asylbewerber aufgenommen. Es gebe private Möglichkeiten, sich zu engagieren, sagte er. „Man r



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidSG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt AfD wirkt! Fortsetzung: Auch der Freudenstädter Kreistag lehnte den Antrag „Sichere Häfen“ ab

des Landkreises zum Bündnis „Sichere Häfen“ ab. *Von Dunja Bernhard*

Im den Gemeinderäten des Landkreises war das Thema vorab intensiv beraten worden. Die meisten Gremien hatten sich gegen einen Beitritt zum Bündnis „Sichere Häfen“, auch Seebücke genannt, entschieden. Diese Positionierung spiegelte sich in der Abstimmung im Kreistag am Montag wieder. Nur elf Mitglieder stimmten für den Beitritt, darunter Christoph Enderle, Bürgermeister von Loßburg. 21 sprachen sich dagegen aus, unter ihnen die Schultes von Freudenstadt, Horb, Empfingen, Glatten, Schopfloch, Waldachtal und Dornstetten.

Die Abstimmung ging auf drei getrennte Anträge der „Frauen in den Kreistag“, der SPD und der Grünen zurück. Der erste Antrag war von der Frauenfraktion gekommen. Bärbel Altendorf-Jehle sprach am Montag von erschreckenden Bildern aus griechischen Lagern, die sie aufgerüttelt hätten. Es sei wichtig, den Menschen Hilfe anzubieten, sagte sie. „Das passt zu unserem Wertesystem.“

Wolf Hoffmann (Grüne) wurde pathetisch: „Die Teilnahme an der Aktion Seebücke ist nur ein kleiner Schritt für den Landkreis, aber eine große Geste für die Menschlichkeit.“ Es brauche eine europäische Lösung. Die Fluchtursachen müssten bekämpft werden. In erster Linie sei der Bund zuständig, räumte er ein. „Wir sind aber alle aufgerufen, europäische Werte wie Humanität und Solidarität zu verteidigen.“ Den Menschen in unwürdigen Lagern müsse jetzt geholfen werden. „Wir werden an unseren Taten und nicht an unseren Worten gemessen.“

„Die Lager sind keine Zustände, in denen Kinder aufwachsen sollten.“

Vivian Weschenmoser, SPD-Mitglied

Vivian Weschenmoser (SPD) hielt ein flammendes Plädoyer: Das seien nicht nur deutsche, sondern christliche Werte und humanitäre Grundsätze. Die Beschlussvorlage war ihr zu „undeutlich“. „Sollte sich der Bund dazu entschließen, das Angebot der ‚Sicheren Häfen‘ anzunehmen und auf deren Kosten mehr Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen, würden diese auf die Mitglieder des Bündnisses verteilt“, heißt es da. Die zugeteilten Flüchtlinge seien dann

auf Kosten des Landkreises unterzubringen und zu betreuen. „Die Seebücke kann nicht verpflichten, dass die Mitglieder das umsetzen müssen“, betonte Weschenmoser. Zunächst handle es sich um eine Solidaritätsbekundung. Wenn Flüchtlinge aufgenommen werden, dann könnten Kommunen gucken, ob sie die Kontingente verwirklichen. „Wir sprechen viel über Kinder in Not.“ In Europa gebe es jedoch Widerstände. Kinder aus den Lagern aufzunehmen. „Die Lager sind keine Zustände, in denen Kinder aufwachsen sollten.“

„Wir reden hier über Menschenleben und nicht über Investitionssummen.“

Gerhard Gaiser, SPD-Mitglied

Gerhard Gaiser (SPD) las das Statement des erkrankten Landrats Klaus Michael Rückert vor: Er unterstütze den Antrag, weil er seinen christlichen Ansichten entspreche.

Stefanie Kattner, Dezernentin im Landratsamt, informierte über die Kosten: Pro erwachsenem Flüchtling seien das 15 000 bis 20 000 Euro im Jahr - ohne Krankenkosten. Bei unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen seien es in der Regel 65 000 Euro pro Jahr. Diese Mittel müsse der Kreis aufbringen. Eine Erstattung vom Land gebe es bisher nicht.

Uwe Hellstern (AfD) beantragte, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis der Kreis sich auf eine Obergrenze festgelegt habe, und damit die Kosten abzusehen seien. Später stimmt er selbst dieser Vertagung nicht zu. „Ich frage mich, ob wir das für die Kreisbürger verantworten können, in der derzeitigen Situation und ohne Kostenfestsetzungen.“

Adolf Rolf Megnin (CDU) sagte: „Jeder möchte das Ertrinken von Flüchtlingen verhindern.“ Bisher sei die Integration aber nur unzureichend gelungen. Hinzu komme, dass Deutschland vor der größten Rezession seit den zwei Weltkriegen stehe. „Jeder, der dem Antrag zustimmt, hat sein Gewissen beruhigt“, sagte Megnin, „aber er muss sich im Klaren sein, dass er damit Parteien unterstützt, die sich im rechten Spektrum befinden.“

Altenburg-Jehle forderte, dass Parteipolitik bei der Entscheidung

keine Rolle spielen dürfe. Die Maßgabe könne nicht sein: „Wir lassen Flüchtlinge ertrinken, dann wählen Leute nicht AfD.“ Der Kreis habe hier eine kleine Möglichkeit, zu helfen.

Hellstern (AfD) verwahrte sich dagegen, dass die AfD Flüchtlingen Böses wünsche. „Die Zustände in Lagern sind auch für AfD inakzeptabel“, sagte er. Er kritisierte, dass Mittelmeerländer EU-Mittel, die sie als Flüchtlingshilfe bekommen, anderweitig verwenden. Mit der zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen fördere Deutschland dieses Vorgehen, behauptete er und forderte: Die Politik sollte Druck auf diese Länder ausüben. „Wir machen vielen jungen Männern Mut, dass sie nach Europa kommen könnten.“ Hellstern hält es für sinnvoller, die Fluchtursachen mit EU-Mitteln zu bekämpfen. Das ist für ihn mehr eine humanitäre Sache, als wenn für die Integration weniger Flüchtlinge „ein Haufen Geld“ ausgegeben werde.

Gerhard Gaiser: „Die AfD gebärdet sich als Wolf im Schafspelz.“ Sie sei gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. „Wir reden hier über Menschenleben und nicht über Investitionssummen.“ Jeder Einzelne solle sich seiner Verantwortung bewusst sein.

„Mit dem Beschluss werden wir nicht ein Menschenleben retten.“

Julian Osswald, OB Freudenstadt

Elisabeth Gebele (Grüne) hielt der Sorge um die Finanzmittel entgegen: „Deutschland wird nach Corona deutlich besser dastehen als Griechenland.“ Sie bat ihre Kreistagskollegen: „Bitte lasst Humanität walten.“

Dornstettens Bürgermeister Bernhard Haas (CDU) positionierte sich deutlich: „Flüchtlingsaufnahme ist eine europäische Aufgabe.“ Im Kreis müsse man sich fragen, ob das Jugendamt diese Aufgabe auch noch bewältigen könne. Durch die Corona-Pandemie hätten die Mitarbeiter schon einiges zusätzlich zu tun.

Der erste Landesbeamte Reinhard Geiser entgegnete, das sei spekulativ und keine seriöse Aussage.

Freudenstadts Bürgermeisterin Stephanie Hentschel (FWV) sagte: „Wir müssen aufpassen, dass

wir nicht eine grundsätzliche Diskussion führen.“ Die „Seebücke“ gehe über die Unterstützung einzelner Flüchtlinge hinaus. Die Aufnahme im Kreis sah sie jedoch kritisch: Entsprechende Einrichtungen hätten keine freien Plätze das Jugendamt habe nicht genügend Personal. „Gut gemeint, aber nicht gut gemacht.“

Ernst Wolf signalisierte Verständnis für das Anliegen. Der Kreistag sei aber die falsche Adresse. Der Kreis habe in den vergangenen Jahren genügend Aufwuchs benutzungs gehabt. Es gebe auch private Möglichkeiten, sich zu engagieren, sagte er. „Man muss nicht gleich nach Kreis oder Kommune rufen.“

Christoph Enderle, Bürgermeister von Loßburg, war von seinem Gemeinderat beauftragt worden. „ein Statement ‚Pro Seebücke‘ als politisches Signal abzugeben“. Seit 2015 seien nur vier Kommunen im Landkreis beteiligt gewesen, Jugendliche aufzunehmen. „Eine davon war Loßburg. Andere Kommunen erfüllten nicht mal das normale Kontingent. „Wenn die Zuweisung kommt, die Geld kostet, müssen wir zustimmen.“, sagte er. Sonst sei die Entscheidung für die Seebücke eine scheinheilige.

Freudenstadts OB Julian Osswald sagte: „Mit dem Beschluss werden wir nicht ein Menschenleben retten.“ Rottenburg, Sichere Häfen, habe noch keinen Flüchtling zugewiesen bekommen. „Ich bin dafür, Dinge zu entscheiden, bei denen ich etwas bewegen kann.“

Klaas Klaassen sah die Verantwortung im Bereich des Bundes. Der Kreistag sei nicht die Aufgabe der Bundesregierung. „Fluchtursachen müssen vorrangig angegangen werden.“

Sichere Häfen

In Baden-Württemberg sind 22 Städte und Gemeinden, darunter Rottenburg, Herrenberg, Tübingen und Freiburg, sowie zwei Landkreise dem Bündnis „Sichere Häfen“ beigetreten. Deutschlandweit sind es 154 Kommunen und Kreise. Ein Beitritt zum Bündnis ist zunächst mal eine öffentliche Solidaritätserklärung. Er ist nicht zwingend gleichbedeutend mit einer Aufnahme von Flüchtlingen über die Verteilungsquote hinaus. Diese können Kommunen und Landkreise zusätzlich beschließen. Rottenburg hat das getan, Freiburg nicht.

Aus dem Kreis Calw-Freudenstadt Unser Pressebericht, erschienen in der Südwest Presse

Überlegen sollte man dürfen

Kommunales | Kreis will Gutachten für Landratsamts-Neubau in Auftrag geben

Wäre ein neues, zentrales Landratsamt auf Dauer nicht günstiger als die Sanierung der alten und teils unzugänglichen Bestandsgebäude? Ein Gutachten soll's zeigen. Dabei weiß ein Teil des Kreistags noch nicht, ob er wollen dürfte, wenn er denn neu bauen sollte.

■ Von Volker Rath

Kreis Freudenstadt. Das Fass aufgemacht hatte die FDP-Fraktion. Nach der Besichtigungsrunde des neuen Kreistags im Spätsommer 2019 waren die Liberalen um ihren Vorsitzenden Ernst Wolf einigermassen erschüttert, unter welch beengten und ärmlichen Bedingungen die Behörde teils arbeitet. Lohnt es sich überhaupt noch, viel Geld in Erhalt, Dämmung und Sanierung zu stecken, oder wäre ein zentraler Neubau nicht gleich die günstigere Variante, auch was die Arbeitsabläufe angeht?

Die Verwaltung griff den Steilpass dankbar auf, wenngleich das Thema aufgrund der Corona-Krise erst mal auf Eis lag. Am Montag eröffnete der Technische Ausschuss die Diskussion. Am Ende der Debatte stand eine knappe Mehrheit von acht zu sechs Stimmen dafür, ein externes Gutachten für rund 35 000 Euro einzuholen. Drei Räte enthielten sich der Stimme. Als nächste Instanz muss der Kreistag noch darüber abstimmen.

Untersucht und verglichen werden sollen drei Varianten:

die Sanierung des Bestands, eine Teilzentralisierung durch einen Anbau ans Hauptgebäude oder ein zentraler Neubau an anderer Stelle. Wenngleich es hierzu noch keinen Standortfavoriten gibt, fiel immer wieder das Krankenhaus in der Nordstadt; wenn der Teilneubau abgeschlossen ist, stünden dort Grund und Boden des Landkreises zur Verfügung, dazu Liegenschaften, deren Nachnutzung noch offen ist.

Derzeit ist das Landratsamt mit mehreren hundert Beschäftigten auf sechs Gebäude verteilt, von denen zwei angemietet sind. Was dem Kreis gehört, stammt aus den 1920er-, 1950er- und 1980er-Jahren. Das Hauptgebäude in der Herrenfelder Straße war ursprünglich übrigens auch unverkennbar mal ein Krankenhaus. Für die Verwaltung wäre eine Vergleichsstudie für 35 000 Euro schon deshalb »ein Schnäppchen«, weil es Zuschüsse gäbe und das Büro lecos ohnehin dran ist, den Aufwand für eine Generalsa-

nierung zu ermitteln.

Diskutiert wurde am Montag mit viel Leidenschaft. Die Skeptiker saßen dabei vor allem in den Reihen von CDU und Freien Wählern. Hans-Dieter Rehm (CDU) bezeichnete einen Abriss des bestehenden Landratsamts vor allem als »eine riesige städtebauliche Chance« für Freudenstadt, äußerte aber Zweifel am Ablauf. Ohnehin werde sich der Kreis aufgrund Millionen schwerer Investitionen – und Schulden – in Klinik und Breitbandnetz frühestens »in fünf bis zehn Jahren an das nächste Großprojekt heranwagen können«.

»Wenn ein Gutachten vorliegt, wird sich zeigen, ob wir uns das leisten können.«

Mit diesen laufenden Mega-Projekten »an der Brust« stelle sich die Frage, was der Kreis mit einem Ergebnis anfangen solle, pflichtete Dieter Bischoff (Freie Wähler) bei.

Ohnehin sei derzeit nicht absehbar, welche Verwerfungen die Corona-Krise mit sich bringe. Es sei »nicht die Zeit« für so hochfliegende Pläne. Andere Kreisräte sprachen von den »Chancen«, die sich eröffnen könnten. Man müsse »in die Zukunft denken«.

Der Erste Landesbeamte Reinhard Geiser, der die Sitzung leitete, sagte: »Es handelt sich zunächst um den Auftrag für ein Gutachten, nicht um einen Baubeschluss.« Das Ergebnis könne auch so lauten: »Dass wir solche Pläne für die nächsten zehn Jahre vergessen können.« Kämmerer Ulrich Bischoff ließ sich von den Kreisräten nicht aus der Reserve locken: »Ich kann beide Seiten verstehen. Aus dem Bauch heraus würde ich auch zunächst sagen, dass der bald zweithöchst verschuldete Kreis im Land sich das nicht leisten kann. Aber der Bauch ist nicht der richtige Ratgeber. Wenn ein Gutachten vorliegt, wird sich zeigen, ob wir uns das leisten können.«

■ Zitate aus der Diskussion

»Egal was wir machen, wir haben in den nächsten Jahren hohe Kosten.«

Reinhard Geiser, Erster Landesbeamter

»Sollen wir viel Geld in eine fragwürdige Sanierung von Altbauten stecken? Beim Krankenhaus ist uns das schon einmal passiert, so ehrlich müssen wir sein. Moderne Arbeitsplätze und eine Verwaltung 4.0 mit besseren Abläufen bieten auch Sparpotenzial. Und wenn alle sa-

gen würden, wegen Corona machen wir jetzt erst mal nix mehr, dann gehen wir in eine Rezession. Gerade jetzt ist die Zeit, in die Zukunft zu denken.«

Ernst Wolf, FDP

»Das ist eine Chance, und wir sollten sie nutzen.«

Gerhard Geiser, SPD

»In zwei Jahren haben wir 80 Millionen Euro Schulden und eine veraltete Studie. Und warum kann der Kreis den Kos-

tenvergleich nicht selber machen? Im Landratsamt sitzen doch genug Beamte herum.«

Richard Koch, AfD

»Sie wären der erste, der uns dann vorhält, wir hätten uns ein Konzept selbst zusammengebastelt.«

Reinhard Geiser zu Richard Koch

»Ganz ehrlich: Wir haben schon Geld für unnötigere Planungen versenkt.«

Armin Jöchle, CDU



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)

Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *

Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afd-cw-fds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des

Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Leserbrief zum Solarpark Altensteig Wohin mit all dem Schrott?

■ Meinung der Leser

Wohin mit all dem Schrott?

BETRIFFT: »Rat segnet Solarpark ab«, Schwarzwälder Bote vom 2. Juni

Der Artikel müsste »Rat segnet Solarpark mit einer Gegenstimme ab« heißen. Folgende Aussagen wurden gemacht: Erstens es gibt eine Kehrseite von der E-Mobilität, zweitens der Windkraftanlage und drittens des Solarparks. Die internationale Organisation für erneuerbare Energien IRENA, geht davon aus, dass bis 2025 in Deutschland knapp 100 000 Tonnen Solarschrott anfallen werden. Das entspricht fast fünf Millionen der heutigen Standardmodule. Bis 2030 soll die Müllmenge gar auf rund 400 000 Tonnen wachsen. Solarmodule bestehen aus Silizium, Blei, Zink, Zinn und ein wenig Silber. Sollte es bei diesen Rohstoffen zu einem Brand kommen, müssen die Solarmodule als Sondermüll entsorgt werden und landen am Ende ihrer Laufzeit in der Verbrennungsanlage.

Es wurden Fragen gestellt wie beziehungsweise wer recycelt die Solaranlage am Ende? Wie hoch sind die Wartungskosten? Was kommt beim Bürger an?

Reinigen? Reparatur einzelner Solarmodule? Einigen Punkten stimmte der Leiter der Stadtwerke zu.

Danach kam von mir ein Alternativvorschlag: Warum keine Biogasanlage? Eine Biogasanlage hat folgende Vorteile: Biogas kann für Erdgasfahrzeuge verwendet werden, Wärme und so weiter. Dies fand aber kein Gehör im Stadtrat Altensteig.

Wie kann jetzt in einer Krise noch mehr Geld ausgegeben werden?

Marcus Lotzin | Altensteig

Schreiben Sie uns!

Schwarzwälder Bote

Kirchstraße 14

72202 Nagold

Fax: 07452/6 77 71

E-Mail: redaktionnagold@schwarzwaelder-bote.de

Ihre Briefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Wir behalten uns Kürzungen vor. Bitte vergessen Sie nicht Ihren Absender.



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold * Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)

Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *

Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afd-cw-fds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Leserbrief zum Solarpark Altensteig Und hier die Antwort von Andreas Kubesch

■ Meinung der Leser

Stimmungsmache gegen etablierte Technologie

BETRIFFT: »Wohin mit all dem Schrott?«, Schwarzwälder Bote vom 4. Juni

1 Steht alles im Elektro- und
2 Elektronikgerätegesetz (Elek-
3 troG) - dies wäre die korrekte
4 Kurzantwort auf den oben ge-
5 nannten Leserbrief.
6 Tatsächlich geht es darin aber
7 um etwas ganz anderes. Man-
8 che Menschen mögen keine
9 Windenergieanlagen. Manchen
10 ist auch Energiesparen, gar der
11 Verzicht auf Verschwendung,
12 nicht zumutbar. Und hier soll
13 nun Stimmung gegen eine er-
14 folgreiche Technologie ge-
15 macht werden, die sich in den
16 letzten 20 Jahren sehr gut
17 etabliert hat. Wissend, dass die
18 Entsorgung überhaupt kein
19 Problem ist und bereits heute
20 mit einer hohen Recyclingquo-
21 te praktiziert wird
22 Der Schreiber hofft wohl, dass

irgendetwas Negatives hängen-
bleibt, um den technologischen
Fortschritt in Misskredit zu
bringen.

Blei? Um dieses zu vermeiden,
wird seit Jahrzehnten Silberlot
eingesetzt. Sondermüll? Mehrere
Firmen in Deutschland bieten
entsprechend der Gesetz-
gebung Entsorgung an.
Deutschland ist Recyclingwelt-
meister! Da wird ein werthaltiges
Produkt nach jahrzehntelangem
Gebrauch in seine Einzelteile
Glas, Aluminium, Silizium und
so weiter zerlegt.

Ob der Leserbriefschreiber bei
der Verwertung seines Autos
(Plastik, Kobalt, Blei, Kupfer,
Gift, ...) genauso strenge Maß-
stäbe anlegt wie bei der Foto-
voltaik?

Zum letzten Satz: Ja. Gerade in
einer Wirtschaftskrise gilt es, in
zukunftssichere Technologien
zu investieren, um Arbeitsplät-
ze zu sichern. Was denn sonst?

Andreas Kubesch | Neubulach

Schreiben Sie uns!

Schwarzwälder Bote
Kirchstraße 14
72202 Nagold
Fax: 07452/67771
E-Mail: redaktionnagold@schwarzwaelder-bote.de

Ihre Briefe müssen nicht der
Meinung der Redaktion ent-
sprechen. Wir behalten uns
Kürzungen vor. Bitte vergessen
Sie nicht Ihren Absender.

Pressemitteilung vom 12.06.2020

Anmerkung: Diese Pressemitteilung wurde leider nicht veröffentlicht

"Stimmungsmache gegen etablierte Technologie“, Schwarzwälder Bote Nordschwarzwald vom 8. Juni 2020

Diese Aussagen können nur von einem „Grünen“ kommen. Deutschland ist kein Recyclingweltmeister. Was viele nicht wissen: In die offizielle Recyclingquote werden auch Abfälle (z.B. Plastik) mit eingerechnet, die ins Ausland verschifft werden, ohne dass wirklich klar ist, was dort mit ihnen geschieht!

Windräder lärmen und werfen rotierende Schatten. Ihr Aufbau erfordert meist einen massiven Eingriff in die Natur, wenn sie einmal stehen, stören sie das Landschaftsbild. Mehr als 100 000 Vögel fallen ihnen pro Jahr zum Opfer. Ein weiterer negativer Aspekt in der Erzeugung von Windenergie ist die Tatsache, dass Wind als Energieträger nicht speicherbar ist, sondern direkt in Strom umgewandelt werden muss. Zudem sind sehr viele Windkraftanlagen notwendig, um die Versorgung eines Gebietes gewährleisten zu können. Der Kleber in den Rotorblättern erschwert das Recycling und werden letztendlich doch verbrannt. Ab 2020 werden jährlich mehr als 15 000 Tonnen Flügelmaterial entsorgt werden müssen.

Zum Beschluss der Bundesregierung, soll ein Teil der EEG-Umlage künftig aus Steuermitteln finanziert werden: „Die Energiewende wird immer teurer – das soll jetzt mit einem billigen Taschenspieler-Trick kaschiert werden“.

Die Senkung der EEG-Umlage kostet 12 Milliarden Euro. Zur Reduzierung der Ökostromumlage um 5 ct/kWh wären Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe von rund 12 Milliarden Euro nötig – zuzüglich einer weiteren Milliarde Euro für entgangene Mehrwertsteuereinnahmen. Ab 2022 könnte das Geld dann bereits vollständig aus einem CO₂-Preis auf Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel in Höhe von 50 Euro pro Tonne CO₂ gegenfinanziert werden. Stromverbraucher werden somit entlastet, Steuerzahler belastet.

Durch das umfassende Konjunkturpaket über 130 Milliarden Euro wird mit einem Budget von rund elf Milliarden Euro die Regierung die EEG-Umlage im nächsten Jahr um zwei Cent je Kilowattstunde senken.

Die Verbraucher, die auch Wähler sind, sollten wissen, wohin der geplante massive Ausbau der erneuerbaren Energien führen wird: nicht nur zu einer weiteren Verspargelung der Landschaft, zu weiteren Eingriffen in den Natur- und Artenschutz und zu wachsenden Gesundheitsbeeinträchtigungen der Anwohner von Windkraftparks, sondern vor allem auch zu explodierenden Strompreisen.

„Die Grünen“ wollen eine Nachverdichtung von Städten. Umliegende Wiesen und Ackerland sind ein besonders schützenswertes Gut und sollten nicht nur erhalten, sondern auch weiterentwickelt und besser geschützt werden. Darüber hinaus macht das Stadtgrün unsere Städte widerstandsfähiger gegen Hitzewellen und Starkregenereignisse. Altensteig darf nicht zu einer Betonwüste verkommen. Wir sind zuerst denjenigen gegenüber verpflichtet, die bereits länger in Altensteig wohnen.

Die erwähnten neuen Arbeitsplätze werden nicht durch regionale Firmen umgesetzt, sondern durch eine rumänische Firma. „Die Grünen“ haben den Sinn für die Realität verloren und befürworten somit Arbeitskräfte aus EU-Ländern. Zusätzlich werden in der Automobilindustrie Arbeitsplätze vernichtet.

Als Politiker werde ich immer die Biogasanlage, Pellet-Anlagen, Filtertechnologien und synthetische Kraftstoffe unterstützen.

Marcus Lotzin
Stadtrat, AFD



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Pressemitteilung vom 12.06.20

„Fünf Autos aufgebrochen“

Anmerkung: Pressemitteilung wurde noch nicht veröffentlicht

"Fünf Autos aufgebrochen", Schwarzwälder Bote Nordschwarzwald vom 5. Juni 2020

Nachdem ich den Artikel "Fünf Autos aufgebrochen" gelesen habe steigen die Unruhen in

Altensteig weiter an. Es sind auch andere Fälle bekannt, wie z.B. das Aufstechen von Autoreifen in der Egenhauserstr. (WOM 22.01.20), ein Mann bedroht Nachbarn mit Waffe

(Schwarzwälder Bote vom 26.07.19) usw.

Mittlerweile gibt es akut eine Lärmbelästigung in der Karlstrasse\Dorferstrasse durch das „sogenannte Showfahren von Autofahrern“ etc. Ich habe bei der letzten Gemeinderatsitzung unter dem Punkt „Lärmaktionsplan“ Blitzeanlagen in der Karlstrasse\Dorferstrasse an Gefahrensituation vorgeschlagen. Hinzu kommen noch die Schmierereien in den Parkhäusern Altensteigs und letztendlich werden mittlerweile verfassungsfeindliche Symbole „ACAB“ in der Nähe des Gymnasiums Altensteigs gesprüht.

„ACAB“ was übersetzt logischerweise heißt: „Alle Polizisten sind Bastarde“. Bereits diese

unzulässige Herabwürdigung eines Berufsstandes ist beschämend. Im Gemeinderat wurde

von mir versucht das verfassungsfeindliche Symbol „ACAB“ zu diskutieren. Ohne Erfolg. Hier war mein Vorschlag die Polizeistation in Altensteig evtl. durchgehend zu besetzen, was aber kein Gehör im Stadtrat fand. Hier sollte diskutiert werden, wie die Sicherheit in Altensteig verbessert werden kann. Das ist aber auch leider Landesaufgabe. Stattdessen habe ich nur Spott hören müssen. Hierzu will ich aber nicht näher eingehen.

Ich werde mein Sitzungsgeld jeweils zum Ende des Jahres dem „SBBZ“ Altensteig spenden, um somit z.B. die Aufklärung von krimineller Energie im Internet zu unterstützen.

**Marcus Lotzin
Stadtrat, AFD**



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)

Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *

Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

zu guter Letzt...

